

Fragen

**für die Fragestunde der 108. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 10. Juni 2015**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 34	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 24
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 35
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	17, 18	Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	19, 20
Dr. Brantner, Franziska (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 37	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	39, 40	Dr. Notz, Konstantin von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 7
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	41, 42	Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 28
Dr. Hahn, André (DIE LINKE.)	2, 38	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 32	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	9, 10
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	36	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)	15, 16
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	1, 11	Walter-Rosenheimer, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 13
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 26		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	10
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	12
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	13

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

1. Abgeordnete
**Ulla
Jelpke**
(DIE LINKE.)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung (bitte differenziert nach EU- und nationaler Ebene darstellen), um die „dramatische“ (dpa vom 3. Juni 2015) humanitäre Lage für neu ankommende Flüchtlinge auf den griechischen Inseln in der Nähe zur Türkei (vgl. unter anderem: www.welt.de vom 28. Mai 2015: „Urlaub auf Kos – mitten im Flüchtlingsland“) angesichts einer Steigerung der Zugangszahlen um 500 Prozent gegenüber dem Vorjahr (afp vom 4. Juni 2015) schnellstmöglich zu verbessern, und welche konkreten Initiativen plant sie diesbezüglich, etwa im Rahmen der humanitären Not- und Soforthilfe, da sie die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Entlastung Italiens und Griechenlands im Grundsatz begrüßt hat?
2. Abgeordneter
**Dr. André
Hahn**
(DIE LINKE.)

Zu welchen Ergebnissen kam die Bundesregierung seit ihrer Antwort auf meine Mündliche Frage 30, Plenarprotokoll 18/96 vom 25. März 2015 bei ihrer Prüfung, ob und welcher Handlungsbedarf für eine stärkere Unterstützung des doping-opfer-hilfe e. V. (DOH) sowie die Notwendigkeit, Dopingopfer angemessen zu entschädigen, besteht, und inwieweit wurde dabei das Anfang April 2015 vom DOH vorgelegte „Konzept für einen einzurichtenden ‚Akutfonds des Sports‘ zur nachhaltigen Unterstützung der Doping-Opfer in Deutschland“ berücksichtigt?
3. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Vorwürfe, die Bewerbung des Deutschen Fußball-Bundes e. V. um die Austragung der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland sei direkt oder über Dritte mit der Gewährung geldwerter Leistungen (u. a. SPIEGEL ONLINE vom 4. Juni 2015; rbb-inforadio vom 4. Juni 2015, 7:05 Uhr) im Zusammenhang mit dieser Vergabeentscheidung gefördert worden, und hat die Bundesregierung Erkenntnisse oder Hinweise, dass zwecks solcher Förderung geldwerte Vorteile un- oder mittelbar aus Bundessteuermitteln an Mitglieder des FIFA-Exekutivkomitees (FIFA – Fédération Internationale de Football Association), deren Herkunftsstaaten oder dortige natürliche bzw. juristische Personen gelangten?

4. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Hilfen leistet Deutschland beim Aufbau, der Ausstattung und Ausbildung ägyptischer Sicherheitsbehörden – etwa durch Hospitationen von NSS-Kräften bei der Bundespolizei, dem Bundeskriminalamt wie beim DFB-Pokalfinale am 30. Mai 2015 oder bei der Pressekonferenz vom 2. Juni 2015 mit Präsident al-Sisi in Berlin – seit 2012 und künftig, insbesondere zugunsten von Kräften des Geheimdienstes GID sowie der Politischen Polizei NSS, bei deren Einsätzen im Februar 2012 bzw. 2015 in Port Said und Kairo zahlreiche Fußballfans getötet wurden (vgl. junge Welt vom 27. Mai 2015, www.jungewelt.de/2015/05-27/010.php), und welche Angaben macht die Bundesregierung über ihre zwischenzeitlichen Erkenntnisse, wie Ägypten G36-Gewehre aus Deutschland abredewidrig nach Libyen weiterleitete (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 59 auf Bundestagsdrucksache 17/7312)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

5. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Rechtsauffassung haben der Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz und welche die Bundesregierung zu der Frage, ob für eine Öffnung der Ehe für Paare gleichen Geschlechts eine Änderung des Grundgesetzes (Artikel 6 Absatz 1 des Grundgesetzes) erforderlich ist oder nicht (Antwort des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz namens der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 18/4862: „Mit Blick auf die einschlägige ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts [...] würde eine Öffnung der Ehe für Paare gleichen Geschlechts eine Änderung des Grundgesetzes (Artikel 6 Absatz 1 des Grundgesetzes) voraussetzen. [...] Die Bundesregierung beabsichtigt derzeit nicht, eine derartige Änderung des Grundgesetzes zu initiieren.“ Bundesminister Heiko Maas auf Facebook: „Die vollständige Öffnung der Ehe für Paare gleichen Geschlechts ist und bleibt unsere Position. Eine Grundgesetzänderung ist dafür nicht zwingend.“ – www.facebook.com/heiko.maas.98/posts/1654914131404640?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

6. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen ist es in dem Referentenentwurf vorgesehen, das neue Gesetz zur Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungssteuergesetzes (ErbStG-E) an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts erst mit Verkündung in Kraft treten zu lassen und nicht rückwirkend zum Tag des Urteils des Bundesverfassungsgerichts?
7. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wird das Mehraufkommen von jährlich 200 Mio. Euro begründet, und welcher Anteil des jährlichen Mehraufkommens entfällt jeweils auf die einzelnen Änderungen (Änderungen bei der Freigrenze und beim Verwaltungsvermögen, Einführung eines Wahlrechts nach § 13c ErbStG-E)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

8. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann hat die Bundesregierung das Johann Heinrich von Thünen-Institut, das Umweltbundesamt und das Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft beauftragt, eine Zusammenstellung von Emissionsminderungsmaßnahmen, deren Minderungspotenzial, Kosten und Instrumente zu erstellen (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 18 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 18/4981), und bis wann erwartet sie die Vorlage von (Zwischen-)Ergebnissen?
9. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Anbindehaltung von Rindern hinsichtlich des Tierwohls (vgl. Stellungnahme der Bundestierärztekammer zur Anbindehaltung bei Rindern vom 23. April 2015)?
10. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)
- Wann plant die Bundesregierung die Anbindehaltung auch für Rinder, die über sechs Monate alt sind, durch eine Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung mit einer angemessenen Übergangsfrist zu verbieten, und wie will sie die tierhaltenden Betriebe dabei unterstützen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

11. Abgeordnete
**Ulla
Jelpke**
(DIE LINKE.)
- Welchen Ermessensspielraum haben militärische Befehlshaber im Rahmen der derzeit geltenden Regeln für die Bundeswehr, um in bewaffneten Konflikten eine genutzte oder (ggf. nur vorübergehend) verlassene Schule für militärische Zwecke zu nutzen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

12. Abgeordnete
**Beate
Walter-
Rosenheimer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um bei dem durch die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, angekündigten Übergangskonzept zur Verteilung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zwischen den Bundesländern die Beachtung der Kinderrechte im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention sicherzustellen, und wie sollen diese ausgestaltet werden?
13. Abgeordnete
**Beate
Walter-
Rosenheimer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie will die Bundesregierung im durch Bundesministerin Manuela Schwesig angekündigten Übergangskonzept zur Verteilung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zwischen den Bundesländern sicherstellen, dass die von einer oftmals langen und traumatisierenden Fluchtgeschichte betroffenen Kinder und Jugendlichen nicht mehrmals über das Bundesgebiet verteilt und damit auch mehrfachen Vormundwechseln ausgesetzt werden?
14. Abgeordnete
**Dr. Franziska
Brantner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann ist eine Beschlussfassung im Bundeskabinett in Bezug auf das Gesetz zur Verbesserung der Versorgung und Betreuung unbegleiteter ausländischer Minderjähriger vorgesehen, und wie verhält es sich in diesem Kontext mit dem Zeitplan und der Ausgestaltung des von der Bundesministerin Manuela Schwesig angekündigten Übergangskonzepts zur Verteilung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

15. Abgeordnete
**Kathrin
Vogler**
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung, die über das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) im Stiftungsrat der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO) vertreten und somit für die Überwachung der Arbeit des DSO-Vorstands zuständig ist, über die Zahl der Mitarbeiter, die die DSO in den vergangenen fünf Jahren verlassen haben, und könnte ein häufiges Ausscheiden von Mitarbeitern der DSO nach Ansicht der Bundesregierung mit dem Arbeitsklima in der DSO in Verbindung stehen?
16. Abgeordnete
**Kathrin
Vogler**
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung, die über das BMG im Stiftungsrat der DSO vertreten und somit für die Überwachung der Arbeit des DSO-Vorstands zuständig ist, über den Geldbetrag, den die Stiftung in den vergangenen fünf Jahren für die rechtliche Beratung (Anwaltskosten) im Zusammenhang mit arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen mit DSO-Mitarbeitern aufgewandt hat, und wie hoch war nach Erkenntnissen der Bundesregierung die Höhe der Abfindungen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

17. Abgeordneter
**Herbert
Behrens**
(DIE LINKE.)
- Inwieweit beabsichtigt die Bundesregierung, den Vorschlag der Europäischen Kommission, die Pkw-Maut stufenweise, d. h. zunächst nur auf Autobahnen mit hohem Transitverkehrsaufkommen einzuführen, umzusetzen, und würde bei der Umsetzung dieses Vorschlags die Bestimmung des § 6 Absatz 1 des Infrastrukturabgabengesetzes, welche besagt, dass für in der „Bundesrepublik Deutschland zugelassene Kraftfahrzeuge [...] die Infrastrukturabgabe jeweils für ein Jahr zu entrichten [ist]“, gestrichen werden müssen und hiesigen Kfz-Halterinnen und -Haltern die gleichen Möglichkeiten der Entrichtung der Pkw-Maut wie Halterinnen und Haltern von nicht in Deutschland zugelassenen Kfz eingeräumt werden (d. h. auch der Erwerb von Kurzzeitevignetten), weil sich der mautpflichtige Teil des Streckennetzes zunächst stark verkleinerte (bitte begründen)?

18. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Welchen Einfluss hätte die Umsetzung des Vorschlags der Europäischen Kommission nach Auffassung der Bundesregierung auf die Höhe der Nettoeinnahmen aus der Pkw-Maut (Summe der Einnahmen aus dem Verkauf von Vignetten an Halterinnen und Halter nicht in Deutschland zugelassener Kfz abzüglich der Betriebskosten des Pkw-Mautsystems), und welche Anpassungen müssten in diesem Falle bei der Kompensation der Mautkosten für hiesige Kfz-Halterinnen und -Halter über die Kfz-Steuer vorgenommen werden, um zu verhindern, dass mehr Geld für diese Kompensationsmaßnahme aufgewendet werden muss, als durch Mauteinnahmen von Halterinnen und Haltern von in Deutschland zugelassenen Kfz generiert werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

19. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
- Wann und in welcher Form werden der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB), der Deutsche Fußball-Bund e. V. (DFB) und die kommunalen Spitzenverbände am Diskussionsprozess über das weitere Verfahren und die Zeitabläufe zur Änderung der Sportanlagenlärmschutzverordnung (SALVO) und des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG), einschließlich ihrer Beteiligungsmöglichkeiten, informiert?
20. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
- Warum blieben die bisherigen an das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) gerichteten Schreiben und Initiativen der Verbände zur Änderung der SALVO und des BImSchG bisher ohne Resonanz (siehe Schreiben des DFB an die Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Rita Schwarzelühr-Sutter, vom 18. Mai 2015), und wann gedenkt das BMUB darauf zu reagieren?
21. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welcher Strategie bemüht sich die Bundesregierung die nach Angaben des Weltbankpräsidenten Jim Yong Kim nach wie vor bestehende Lücke von 70 Mrd. US-Dollar zu den auf dem Klimagipfel 2010 in Kopenhagen zugesagten 100 Mrd. US-Dollar jährlich zu schließen (vgl. Frankfurter Rundschau vom 3. Juni 2015, S. 8), und wie wird sich die

Bundesregierung zur Nichtanrechenbarkeit dieser Klimagelder auf die ODA-Mittel (ODA – Öffentliche Entwicklungshilfe) auf der dritten Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung der Vereinten Nationen in Addis Abeba zur Entwicklungsfinanzierung positionieren?

22. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Zwischenlösung sieht die Bundesregierung für den Regierungsflughafen vor, wenn mit dem Bau desselben am Standort Flughafen Schönefeld erst nach Inbetriebnahme des neuen Flughafens BER begonnen werden kann, die Bauzeit voraussichtlich vier Jahre dauern wird (Antworten der Bundesregierung auf die Kleinen Anfragen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksachen 18/1431 und 18/4919) und die Schließung des Flughafens Tegel nach Fertigstellung des Flughafens BER angestrebt ist, und welche Kosten entstehen nach Kenntnis der Bundesregierung jährlich (bitte für die vergangenen fünf Jahre aufschlüsseln) für den Regierungsteil am Flughafen Tegel?
23. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Konkret welcher „weitere Informationsbedarf“ und welche ungeklärten Aspekte machen das aufsichtliche Fachgespräch zwischen Bund und Bayerischer Atomaufsichtsbehörde nötig (bitte konkrete und vollständige Angabe aller Punkte; vgl. hierzu die Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Rita Schwarzelühr-Sutter, auf meine Schriftliche Frage 66 auf Bundestagsdrucksache 18/4908 und ihre Schriftliche Antwort vom 27. Mai 2015 auf meine zweite Zusatzfrage in der Fragestunde vom 20. Mai 2015, Plenarprotokoll 18/105, S. 9993)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

24. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche neuen Projekte, für die in dieser Wahlperiode die Bundesförderung beantragt oder bewilligt worden ist, ermöglichen die Fortführung von Arbeiten an so genannten Hochtemperaturreaktor Code Packages (HCP – elektronische Simulationssysteme für das Verhalten von Hochtemperaturreaktoren) im oder über das Jahr 2015 hinaus (bitte jeweils mit

Angabe aller wesentlichen Eckdaten; vgl. hierzu den auf der Internetseite der Internationalen Atomenergieorganisation zugänglichen Vortragsfoliensatz „First Results of the HTR Code Package (HCP) Prototype“ von Prof. Dr. Hans-Josef Allelein vom 27. Februar 2015), und jeweils wann war bzw. ist der Termin, an dem die betreffende Förderentscheidung des Bundes gefällt wurde bzw. werden soll (bitte Kalenderdatum angeben)?

25. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwiefern sieht die Bundesregierung die Bundesförderung für die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule (RWTH) Aachen im Rahmen der Exzellenzinitiative („Zukunftskonzept RWTH 2020: Meeting Global Challenges“, mit dem u. a. ein universitätsumfassendes Personal- und Organisationsentwicklungskonzept eingeführt werden soll) und des Qualitätspakts Lehre (Vorhaben „RWTH 2020 Exzellente Lehre – wir verbessern gemeinsam die Studienbedingungen und die Lehrqualität“, wo es um „innovative Lehr- und Lernkonzepte und ein umfassendes studierendenzentriertes und kompetenzorientiertes Qualifizierungsprogramm“ geht), vor dem Hintergrund berührt, dass der Landesvorsitzende der NRW-CDU und Privatdozent an der RWTH Aachen, Armin Laschet, Noten erfunden hat, weil Unterlagen der Klausur, die nach dem einwöchigen Blockseminar „Europa in der Berliner Politik“, geschrieben wurden, abhanden gekommen sind (siehe unter anderem „Laschet gibt Lehrauftrag nach Noten-Skandal auf“ in DIE WELT vom 2. Juni 2015)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

26. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie will die Bundesregierung das auf dem EU-Ministerrat am 26. Mai 2015 beschlossene Ziel, das 0,7-Prozent-Ziel zur Entwicklungsfinanzierung innerhalb der Zeitachse der Post-2015-Agenda, also bis 2030, erreichen, wenn sie sich bislang lediglich dazu hat durchringen können, für die nächsten Jahre das Niveau bei 0,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu stabilisieren, und wie erklärt die Bundesregierung, dass nach den mir vorliegenden Informationen ausgerechnet Deutschland als eines der derzeit wirtschaftlich stärksten Mitgliedsländer der EU sich als einer von nur vier Mitgliedstaaten diesem verbindlichen Zeitrahmen verweigern wollte?

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und
des Bundeskanzleramtes**

27. Abgeordnete
**Tabea
Rößner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Anträge auf Förderung deutscher Filmproduktionen sind nach Kenntnis der Bundesregierung bei der Filmförderungsanstalt (FFA) und dem Deutschen Filmförderfonds (DFFF) in den Jahren 2013 und 2014 eingegangen (nach der Beteiligung von weiblichen und männlichen Regisseuren aufschlüsseln), und wie viele dieser Anträge wurden jeweils bewilligt (nach der Beteiligung von weiblichen und männlichen Regisseuren aufschlüsseln)?
28. Abgeordnete
**Tabea
Rößner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Anträge auf Förderung internationaler Koproduktionen sind nach Kenntnis der Bundesregierung bei der FFA und dem DFFF in den Jahren 2013 und 2014 eingegangen (nach der Beteiligung von weiblichen und männlichen Regisseuren aufschlüsseln), und wie viele dieser Anträge wurden jeweils bewilligt (nach der Beteiligung von weiblichen und männlichen Regisseuren aufschlüsseln)?
29. Abgeordneter
**Dr. Konstantin
von Notz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung zu den Berichten (vgl. www.spiegel.de/politik/ausland/nsa-ffaere-usa-frieren-kooperation-mit-bnd-im-irak-ein-a-1036880.html), wonach eine mit den USA geplante IT-Kooperation zum Schutz von Bundeswehrsoldaten im nordirakischen Erbil deshalb derzeit eine unübliche Verzögerung erfahre, weil man auf US-Seite befürchte, dass solche „Hardware ansonsten Teil des deutschen Untersuchungsausschusses werden könnte“, bestätigen, dass diese Begründung auch seitens der offiziell beteiligten US-Stellen konkret gegenüber deutschen Stellen, Behörden oder Beschäftigten vorgetragen wird?
30. Abgeordneter
**Dr. Konstantin
von Notz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Liegen der Bundesregierung konkrete Aussagen von US-Stellen bzw. US-Verantwortlichen vor, welche die Einschätzung der von der Tageszeitung „DIE WELT“ am 3. Juni 2015 zitierten sog. Sicherheitskreise (www.welt.de/politik/deutschland/article141889262/US-Dienste-verweigerten-BND-Hilfe-bei-Geiselrettung.html) belegen könnten, wonach gerade im Falle des bis vor kurzem in Afghanistan entführten Stefan E. die angeblich fehlende Rückmeldung über den Verbleib des Entführten einen Fall absichtlicher Nichtkooperation darstellte, und wenn ja, liegen auch konkrete Aussagen dazu vor, dass der Grund dieser Nichtkooperation mit

Bewertungen der US-Seite der Aufklärungsarbeit des 1. Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages zusammenhängt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

31. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Inwiefern sehen die Genehmigungen für die Lizenzproduktion der Gewehre G3 und G36 an Saudi-Arabien eine Endverbleibskontrolle vor?
32. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Ankündigung des norwegischen Staatsfonds, seine Gelder aus Unternehmen, die 30 Prozent ihrer Geschäfte oder Einnahmen mit Kohle machen, abzuziehen („Divestment“), und welche Rückschlüsse zieht sie daraus für die in Deutschland betroffenen Konzerne?
33. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Kohlefinanzierungsprojekte, die unter den neuen KfW-Leitlinien (KfW – Kreditanstalt für Wiederaufbau) nicht mehr finanzierbar wären, zu denen aber bis zum Bericht der Bundesregierung vom 22. Dezember 2014 bereits Gespräche, Angebote oder Verpflichtungen stattgefunden haben, befinden sich derzeit im Prozess (bitte nach Land und Art des Projekts aufschlüsseln)?
34. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Mit welchem Ergebnis wurden auf der KfW-Verwaltungsratssitzung vom 14. April 2015 Förderentscheidungen im Bereich Kohleinfrastruktur getroffen, und wenn keine Förderentscheidungen getroffen wurden, warum nicht?
35. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wann wird die Bundesregierung das für Anfang Juni 2015 (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 18/4661 zu Frage 20) angekündigte Weißbuch Strommarktdesign konkret vorlegen, und von welchen Kosten für

die privaten Stromkunden geht die Bundesregierung bei den derzeit in der Diskussion befindlichen Vorschlägen (ursprünglicher Vorschlag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi), 16 Millionen Tonnen CO₂-Reduktionsvorschlag des BMWi und IG BCE-Vorschlag, siehe www.sueddeutsche.de/wirtschaft/klimaschutz-dicke-luft-in-der-strombranche-1.2502249) aus?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

36. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Was ist der Bundesregierung hinsichtlich des NATO-Manövers „Unified Vision“ durch die Entsendung eines als Pilot und Fluglehrer der Drohnen „Euro Hawk“ und „Global Hawk“ sowie die Bedienung und Überwachung von deren Sensorik qualifizierten Offiziers als nationaler Beobachter in die Missionskontrollstation in der US-Air Force Base in Beale (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/1794) darüber bekannt, über welche zivilen oder militärischen Datenverbindungen (etwa fiber-optische Kabel, Satelliten, Relaisstationen) die Flüge der Drohne „Global Hawk“ von Sigonella nach Norwegen von den USA aus gesteuert bzw. auch die Daten der Überwachungssensorik übermittelt wurden (bitte die Standorte etwaiger Relaisstationen angeben), und welche weiteren Relaisstationen existieren nach Kenntnis der Bundesregierung in Europa, über die jene im Rahmen des NATO-Manövers durchgeführten Flüge der „Global Hawk“ (etwa bei einem Ausfall der für „Unified Vision“ genutzten Verbindung) hätten gesteuert und ausgewertet werden können?
37. Abgeordnete
Dr. Franziska Brantner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche der von zahlreichen Nichtregierungsorganisationen dokumentierten Fälle von Menschenrechtsverletzungen in Ägypten haben Mitglieder der Bundesregierung in ihren jüngsten Gesprächen anlässlich des Staatsbesuchs von Präsident al-Sisi in Berlin angesprochen, und welche Zusagen wurden von Präsident al-Sisi hinsichtlich einer Aufklärung von Fällen sowie einer Verbesserung der Menschenrechtslage in Ägypten im Allgemeinen abgegeben (www.amnesty.de/2015/6/1/bundesregierung-muss-sich-fuer-menschenrechte-aegypten-einsetzen?destination=startseite, www.reporter-ohne-grenzen.de/pressemitteilungen/meldung/alle-inhaftierten-journalisten-sofort-freilassen/)?

38. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung hinsichtlich der Situation auf Baustellen im Emirat Katar mit Blick auf die Behauptung der Regierung des Emirats Katar, dass es auf den Baustellen für die Fußballweltmeisterschaft in Katar im Jahr 2022 keinen einzigen Todesfall gegeben haben soll (siehe www.sueddeutsche.de vom 2. Juni 2015), und in welcher Weise hat die Bundesregierung, auch im Zusammenwirken mit Wirtschaftsverbänden, Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften seit ihrer Antwort auf meine Schriftlichen Fragen 20, 21 und 22 auf Bundestagsdrucksache 18/1041 Einfluss auf die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von ausländischen Arbeitern, insbesondere bei deutschen Unternehmen in Katar, genommen?
39. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Sieht die Bundesregierung im Hausverbot für russische Diplomaten im Europäischen Parlament eine neue Eskalationsstufe im Verhältnis zu Russland, nachdem Russland für 89 EU-Politiker und Behördenvertreter Einreiseverbote als Reaktion auf Strafmaßnahmen einschließlich Einreiseverbote gegen russische Politiker verhängt hat (www.spiegel.de/politik/ausland/eu-parlament-hausverbot-fuer-russische-diplomaten-a-1036957.html), und inwieweit wird sich die Bundesregierung in der EU dafür einsetzen, dass die Einreiseverbote für russische Politiker und Politikerinnen aufgehoben werden, um derartige weitere Gegenaktionen der russischen Seite zu verhindern?
40. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung darüber, dass die ukrainische Armee Luftabwehrsysteme des Typs S-300 an die Grenze zur Region Transnistrien verlegt haben soll, und kann die Bundesregierung die Aussage der „Außenministerin“ Transnistriens, Nina Schtanski, bestätigen, dass die Ukraine jüngst Bodentruppen an die ukrainisch-transnistrische Grenze verlegt hat (<http://blogs.ft.com/the-world/2015/06/transnistria-shapes-up-as-next-ukraine-russia-flashpoint/>)?
41. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Ist für die Bundesregierung die Entwicklung der letzten 15 Jahre in Mexiko mit mehr als 26 000 Verschwundenen, darunter die 43 Studenten der Landhochschule von Ayotzinapa und die Ermordung von mehreren Kandidaten für die am 7. Juni 2015 abgehaltenen Kommunal- und Parlamentswahlen genauso besorgniserregend zu bewerten (www.spiegel.de/politik/ausland/mexiko-vor-der-wahl-drei-politiker-erschossen-a-1034028.html), wie Martin Schäfer,

Sprecher des Auswärtigen Amts, am 3. Juni 2015 bei einer Pressekonferenz die derzeitige Lage in Venezuela vor dem EU-CELAC-Gipfel in Brüssel einschätzt (www.auswaertiges-amt.de/sid_6D870F633F67F4C6656CB87302D0FE3D/DE/_ElementeStart/Sprecher_node.html#doc438320bodyText3)?

42. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Welche eigenen Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung im Umgang mit Informationen innerhalb der UN-Institutionen über Kindesmissbrauchsfälle von französischen Soldaten in der Zentralafrikanischen Republik (www.dw.de/kindesmissbrauch-in-zentralafrika-un-ermitteln/a-18495471)?

